

Bald keine Kulturinstitute mehr im Stadtzentrum?

Nachdem das Utopolis am Mittwoch seinen Vertrag für eine Implantierung in den Beleser Industriebrachen unterschrieben hat, wurde nun ein weiterer Interessent aus dem Kulturbereich, allerdings dem öffentlichen, bekannt. Auch das Nationalarchiv, das derzeit seinen Sitz auf dem Heilig-Geist-Plateau hat, scheint es nämlich gen Süden zu ziehen. Praktisch, findet die Bautenministerin, denn die im Herzen der Stadt geplante "Cité judiciaire" droht jetzt schon an Rummangel zu leiden. Nicht so praktisch wäre diese Lösung jedoch für all jene, die bislang zu Fuß von der Nationalbibliothek zum Nationalarchiv gelangten. Doch im Trend der Dezentralisierung liegt das Archiv mit seinem Antrag schon: Soll doch ein Teil der Nationalbibliothek bereits nach Kirchberg ausgelagert werden. Eine gemeinsame Unterbringung von Nationalbibliothek und Nationalarchiv ist somit eh schon vom Tisch. Umso wichtiger scheint im Interesse von LeserInnen und ForscherInnen eine effiziente Anbindung der Industriebrachen an das Netz des öffentlichen Transports, sprich der Einsatz einer Tram.

Verwässerte Charta

Et was spät diskutierte das Parlament gestern im Rahmen der Debatte zur "Conférence intergouvernementale" auch über die Europäische Charta der Grundrechte. Deren Schicksal wurde nämlich kürzlich in Biarritz schon weitgehend besiegelt, die Arbeiten des Konvents, das mit der Textausarbeitung befasst war, wurden am 2. Oktober abgeschlossen. Die Frage der demokratischen Legitimierung der Luxemburger VertreterInnen in diesem Konvent stellt sich - auch wenn es wohl nicht Ben Fayot (LSAP) und Simone Beissel (DP) anzulasten ist, dass das Parlament es nicht der Mühe wert fand, sich im Vorfeld Gedanken über die Ausrichtung der Charta zu machen und seinen VertreterInnen einen politischen Kurs vorzugeben. Mittlerweile ist bekannt, dass die Charta, die vom Europäischen Ministerrat in Nizza abgesegnet werden wird, in vielen Punkten rückschrittlich ist oder sich einfach ausschweigt (siehe auch WÖXX Nr. 559). Die Dynamik, die durch den Einsatz von nationalen und europäischen Abgeordneten, aber besonders auch jenen der sozialen Bewegungen entstanden war, riskiert nun, gebrochen zu werden. Darauf ging das Parlament in einer mehrheitlich angenommenen Motion gestern jedoch nicht ein, sondern es begrüßte gar die vorliegende Endfassung des Textes, wies aber darauf hin, dass vor allem im Bereich der Sozialrechte Verbesserungen notwendig seien.

Bildungsdefensive

Zeichnete sich die vorige Ministerin in Erziehungsfragen noch dadurch aus, dass Schulunterricht hauptsächlich in Containern stattfand, scheint es der Nachfolgerin eher beschieden zu sein, fertige Schulgebäude nicht nutzen zu können, weil ihr aufgrund der katastrophalen Bildungs- und Einstellungspolitik ihrer Vorgänger die Lehrkräfte fehlen, schreibt Raoul Schaaf, Generalsekretär des SEW/ OGB-L im Editorial des Bulletins. Die Bildungsoffensive kocht für ihn eher auf Sparflamme und die Ankündigungen der neuen Regierung vor einem Jahr seien alles andere als in Angriff genommen. Die Trennung von Hochschul- und Erziehungsministerium habe nur dazu geführt, die Kompetenzen undurchschaubarer zu machen. In dem "groupe de pilotage", der die Reform der Lehrerbildung ausarbeiten sollte, fehle bislang der Pilot. Außerdem sei zwar mittlerweile erreicht worden, dass es in diesem kleinen Land eine beachtliche Zahl an möglichen und unmöglichen Schulrhythmen gibt, die wichtige Diskussion über Schulprogramme und Lerninhalte sei aber nicht geführt worden. Außerdem beklagt der Generalsekretär des SEW den Personalmangel. Nicht einmal das im Planungsbericht angegebene Minimum an Aufnahmen zum stage pédagogique werde erreicht.

RENTEN

Fünf Siebtel für alle!

Die Rentendiskussion kommt so langsam auf Touren, denn Ende des Jahres soll die BIT-Studie vorliegen. Vorsorglich meldete sich auch der LCGB zu Wort.

(RK) - Im Rentenbereich wurde genug diskutiert, jetzt müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden", verkündete Robert Weber, Präsident des LCGB, am vergangenen Dienstag bei der Vorstellung des Forderungskatalogs seiner Gewerkschaft. Auch die Studie des Bureau International du Travail (BIT) über das Luxemburger Rentensystem wolle er nicht abwarten: "Ich behaupte mal frei und frank, dass das Ergebnis schon bekannt ist: privatisieren."

Befremdlich, dass gerade ein Gewerkschafter das BIT und die ultraliberale OECD in einen Topf schmeißt. Doch der LCGB will nicht nur große Sprüche klopfen, eine Plakatkampagne und Petitionslisten in den Betrieben sollen in den kommenden Wochen den Druck auf die Regierung erhöhen.

Die Stoßrichtung der LCGB-Forderungen ist nicht neu: Rentenerhöhungen im Privatsektor. Robert Weber hob hervor, dass die Pensionskassen einen hohen Reservenüberschuss ha-

ben: "Kurzfristig gibt es Spielraum für Rentenaufbesserungen." Das soll aber eine richtige monatliche Erhöhung sein und "kein Würstchen", wie Robert Weber den von der LSAP vorgeschlagenen 13ten Rentenmonat betitelte.

Auch eine Mindestrente von 56.000 LUF, wie sie der ADR fordert, sei "ein ungerechtes Versprechen". "Die Leistungen der Pensionskassen sollen sich an den Einzahlungen orientieren", so der LCGB-Präsident. Der Vorschlag: Zusätzlich zur bisher praktizierten Berechnung der Rente soll eine Berechnung auf die zehn besten Jahre durchgeführt werden, und dabei mindestens 72 Prozent des Zehn-Jahres-Durchschnittseinkommens als Rente zurückbehalten werden. Von den zwei Berechnungen soll die für den Versicherten günstigste angewendet werden.

Statt einer linearen Aufbesserung will der LCGB also die Berechnungsstruktur selber verändert sehen. Dies, um den Unterschied zwischen letztem Gehalt und Renteneinkommen zu verringern. Die 72 Prozent lehnen sich an die Berechnung der Renten für Staatsbeamten an, im Namen der Konvergenz der Renten-

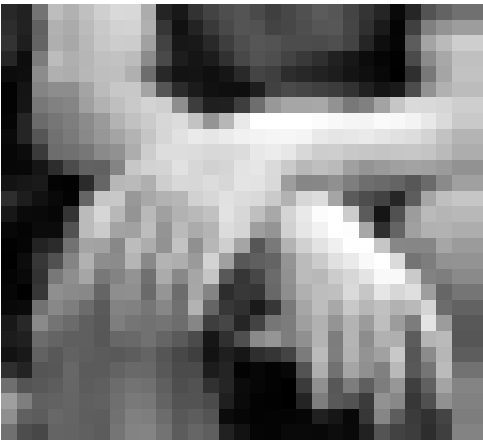


Foto: Christian Mosar

ALTLASTEN IN ESCH-BELVAL

Sanierung auf Kosten der Allgemeinheit?

**Der Mouvement Ecologique
ist mit der Studie zur
Sanierung der
Industriebrachen in
Esch-Belval unzufrieden.**

(ergué) – Obwohl das von der Luxemburger Firma Luxcontrol ausgearbeitete Altlastenkataster für Esch-Belval seit zwei Wochen vorliegt, ist die Öffentlichkeit und insbesondere die Anrainer-schaft bislang nicht von offizieller Seite über die Resultate informiert worden.

Einmal mehr sprang der Mouvement Ecologique in die Bresche und informierte diesbezüglich am vergangenen Montag die Presse. Die Méco-Verantwortlichen hegen prinzipielle Bedenken gegenüber der Studie: Anstatt eine generelle Erhebung des Standortes Esch-Belval vorzunehmen, wurde das Gebiet entsprechend der später geplanten Nutzung in unterschiedliche Zonen eingeteilt. Eine Bestandsaufnahme wurde nur dort vorgenommen, wo später auch eine Nutzung vorgesehen ist. Diese Vorgehensweise mag pragmatisch klingen, widerspricht aber dem eigentlichen Sinn eines Altlastenkatasters, das zuerst die belasteten Grundstücke ausweisen soll, um dann Sanierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten und erst an dritter Stelle eine sinnvolle Nutzung zu ermöglichen. Jetzt bleiben ganze Gebie-

te ausgespart, die, einer Zeitbombe ähnlich, später Probleme stellen können. Der Verdacht liegt nahe, dass der Auftraggeber, also die ARBED, vor allem aus Kostengründen das weniger aufwändige Verfahren bevorzugt hat.

Aber auch mit dieser "Light"-Ausgabe eines Altlastenkatasters wurde einiges an Sanierungsbedarf zusammengetragen. Und schon jetzt ist abzuschätzen, dass der für die Sanierung vorgesehene Betrag von einer Milliarde Franken nicht ausreichen wird. Doch wer soll für die Mehrausgaben aufkommen? Nichts ist unklarer als die Antwort auf diese Frage. Zwar heißt es im Bericht des Innenministers an die Abgeordnetenkommission, dass die ARBED die Kosten der Sanierung übernimmt, allerdings "suivant les hypothèses et dans les limites budgétaires de l'étude AGIPLAN de décembre 1997". 1997 waren die Folgekosten überhaupt nicht abzuschätzen und der Méco stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage der Betrag von einer Milliarde berechnet wurde. Auch hier wurde das Pferd also von hinten aufgezäumt: Statt festzustellen, wel-

Die Sanierungen notwendig sind und wieviel Geld dafür aufgebracht werden muss, wurde willkürlich ein Betrag festgelegt, der womöglich die ARBED von ihrer Pflicht entbindet, die Kosten, die darüber hinausgehen, auch zu übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass nur die weniger kontaminierten Gebiete untersucht werden. Immer dann, wenn es für die ARBED zu teuer wird, kann sie sich weigern, zu sanieren.

Zukünftige AnrainerInnen werden es sich auch überlegen, in ein verseuchtes Gebiet zu ziehen, für dessen Säuberung sie selber aufkommen müssten. Eine logische Konsequenz wäre demnach, dass doch die Allgemeinheit für die zusätzlichen Kosten geradestehen müsste.

Der Umweltgewerkschaft ist auch aufgefallen, dass die Nutzungsbestimmungen, wie sie im Katasterplan ersichtlich sind, nicht immer mit den von den betroffenen Gemeinden ausgewiesenen Nutzungen übereinstimmen. Der Mouvement Ecologique hält deshalb eine alte Forderung im Zusammenhang mit der Valorisierung der Industriebrachen aufrecht: Um das Übergewicht rein wirtschaftlicher Interessen zu vermeiden, soll eine regionale Entwicklungsagentur unter Federführung von Staat und Gemeinden den Sanierungsprozess beaufsichtigen. Nur so ließen sich Fehlentwicklungen, wie sie sich jetzt abzeichnen, vermeiden.